

Berlin, 15.03.2010

Offener Brief der Klima-Allianz an den Verwaltungsrat der Groupe E

Sehr geehrte Mitglieder des Verwaltungsrats der Groupe E,

als Mitglied des Verwaltungsrates von Groupe E haben Sie mit ihrem Votum die Möglichkeit dafür zu sorgen, dass **Ihr Unternehmen die an einem Kohlekraftwerk in Brunsbüttel geplante Beteiligung zurückzieht**. Als breites gesellschaftliches Bündnis, das sich in Deutschland für effektiven Klimaschutz einsetzt und dessen 109 Mitgliedsverbände mehr als 30 Millionen Menschen repräsentieren, bitten wir Sie nachdrücklich, diese Verantwortung wahrzunehmen. Unterstützen Sie mit Ihren Investitionen nicht weiterhin ein in Deutschland klima- und energiepolitisch höchst umstrittenes Kraftwerksprojekt!

In der Schweiz lassen die hohen Umweltauflagen den Bau von Kohlekraftwerken nicht zu, selbst bei Gaskraftwerken müssen die CO₂-Emissionen in vollem Umfang kompensiert werden. Gerade vor diesem Hintergrund ist es höchst fragwürdig, dass Sie als Schweizer Energieunternehmen Unmengen an klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen und anderer für Mensch und Umwelt gefährlicher Schadstoffe nach Deutschland „exportieren“ möchten.

Es ist für uns auch nicht nachvollziehbar, warum die Groupe E – die sich in der Schweiz als umweltfreundliches Unternehmen präsentiert und sich für Innovation und Klimaschutz einsetzt - im Ausland in veraltete und klimaschädliche Technologien investiert. Der Verkauf von „Jade Naturstrom“ in der Schweiz ist unserer Meinung nach mit einer Beteiligung an einem Kohlekraftwerk in Deutschland nicht vereinbar. Die Anwendung solcher „Doppelstandards“ verärgert nicht nur die Menschen, die in Deutschland unter den schädlichen Emissionen des Kraftwerks leiden werden und sich für effektiven Klimaschutz einsetzen, sondern stößt sicherlich auch bei Ihren Kundinnen und Kunden auf Ablehnung.

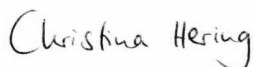
Im derzeit laufenden **Genehmigungsverfahren für das Kohlekraftwerksprojekt in Brunsbüttel** haben sich zudem die Schwachstellen bei der Entwicklung des Vorhabens durch die SüdWestStrom deutlich gezeigt. Umwelt- und Rechtsexperten haben erst kürzlich **massive Verstöße gegen zahlreiche Umwelt- und Gesundheitsauflagen** geltend gemacht. So steht nach Auffassung der Experten der durch den Kraftwerksbetrieb zu erwartende hohe Ausstoß hochgiftiger Schadstoffe wie Quecksilber und Cadmium im Widerspruch zu Vorgaben der Europäischen Union. Mit einer baldigen Genehmigung des umstrittenen Projekts ist nicht zu rechnen. Eine breite Koalition von betroffenen Bürgern, Umweltverbänden, Kirchenvertretern, Fischern und Landwirten wehrt sich in der Region gegen das Vorhaben.

Wir möchten auch darauf hinweisen, dass der geplante Kohlekraftwerksneubau in Brunsbüttel nicht nur eine enorme Klimahypothek aufbauen würde. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen des deutschen Strommarktes stellt er auch unter **wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein erhebliches Risiko dar**. Die Auslastung neuer Steinkohlekraftwerke wird sich in Deutschland zukünftig aufgrund des stetig wachsenden Anteils an vorrangig einzuspeisendem Strom aus erneuerbaren Energien verringern. Die Folge werden deutlich **geringere Volllaststunden für Kohleblöcke** sein, was sich **negativ auf die Erlöse niederschlägt** und letztlich den wirtschaftlichen Betrieb dieser Kraftwerke gefährdet. Dies trifft insbesondere für das geplante Kohlekraftwerk in Brunsbüttel zu, an dem auch Sie beteiligt sind. Denn aufgrund der an der Elbemündung zukünftig einspeisenden Offshore-Windenergieanlagen werden die insgesamt drei projektierten Kohlekraftwerke am Standort Brunsbüttel nach Einschätzung von Experten übers Jahr nicht lange genug laufen können, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Dies wird selbst dann erwartet, wenn die Transportkapazitäten des Stromnetzes an der Nordseeküste parallel zum Auf- und Ausbau der Offshore-Windkapazitäten stark ausgebaut würden.

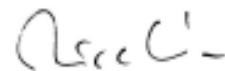
Neben den Risiken der geringen Auslastung wird die Wirtschaftlichkeit von neuen Steinkohlekraftwerken auch durch die nach der Wirtschafts- und Finanzkrise voraussichtlich **steigenden Brennstoffpreise** und der Entwicklung der zukünftigen **Zertifikatspreise** unter dem Emissionshandel der Europäischen Union gefährdet. Ab 2013 muss der Energiesektor in Deutschland die Emissionszertifikate zu 100% ersteigern, was den derzeitigen Kostenvorteil von Kohle gegenüber Gas aufhebt. Auch die kontinuierliche Verringerung des Zertifikate-Angebots um jährlich 1,74 % bis 2020 und darüber hinaus wird sich ebenfalls preistreibend für den Kohlestrom auswirken.

Die Elektra Birsek Münchenstein hat vor einigen Wochen ein wichtiges Zeichen gesetzt und ihren Ausstieg aus dem Kohlekraftwerksprojekt in Brunsbüttel bekannt gegeben. Wir wünschen uns, dass Groupe E diesem Beispiel folgt. Wir hoffen, dass Sie sich im Verwaltungsrat für einen Rückzug aus dem Projekt einsetzen. Nicht nur der Klimaschutz, sondern auch die Glaubwürdigkeit und Zukunftsfähigkeit Ihres Unternehmens würden davon stark profitieren.

Mit freundlichen Grüßen



Christina Hering
Koordinatorin der Klima-Allianz



Jürgen Maier
Mitglied im Sprecherrat der Klima-Allianz und
Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung

die klima-allianz

